

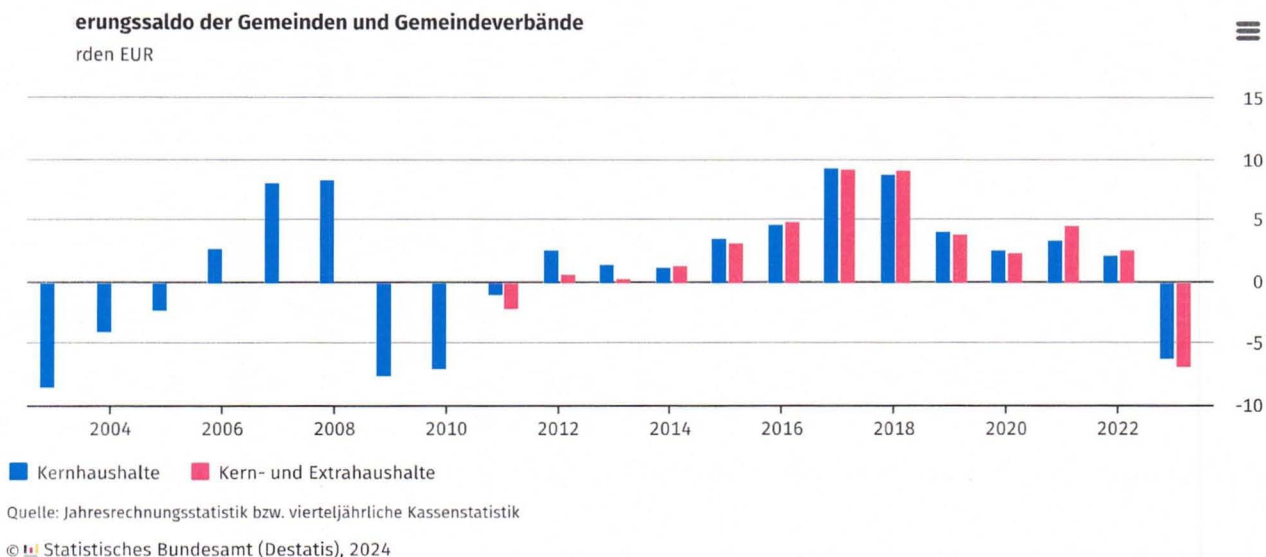
Presse

Kommunen im Jahr 2023 mit 6,8 Milliarden Euro erstmals wieder seit 2011 im Defizit

Ausgaben der Kommunen um 12,0 % höher als im Vorjahreszeitraum

Pressemitteilung Nr. 135 vom 3. April 2024

WIESBADEN – Die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) in Deutschland wiesen im Jahr 2023 ein Finanzierungsdefizit von 6,8 Milliarden Euro auf. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik mitteilt, war dies das erste kommunale Finanzierungsdefizit seit dem Jahr 2011. In den Jahren von 2011 bis 2022 hatten sich durch eigene Steuereinnahmen und Zuweisungen von Bund und Ländern, die während der Corona-Pandemie zeitweilig zur Unterstützung der Kommunen erhöht wurden, stets Finanzierungsüberschüsse ergeben. Im Jahr 2022 hatten die Kommunen noch einen Überschuss von 2,6 Milliarden Euro verzeichnet.



Das Ergebnis setzt sich aus kommunalen Kern- und Extrahaushalten zusammen: Das Defizit der **Kernhaushalte** belief sich im Jahr 2023 auf 6,2 Milliarden Euro, nach einem Überschuss von 2,2 Milliarden Euro im Vorjahr. Die **Extrahaushalte** verzeichneten im Jahr 2023 ein Defizit von 0,7 Milliarden Euro. Im Vorjahr hatte sich ein Überschuss von 0,5 Milliarden Euro ergeben.

Ausgaben für Sozialleistungen wachsen deutlich

Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen im Jahr 2023 im Vergleich zum Jahr 2022 sehr stark um 12,0 % beziehungsweise 39,2 Milliarden Euro auf 364,9 Milliarden Euro.

Treiber der Ausgabenseite waren vor allem die Sozialausgaben. Sie stiegen um 11,7 % auf 76,0 Milliarden Euro. Hauptgrund für den Anstieg waren die zum 1. Januar 2023 erhöhten Regelsätze für das Bürgergeld nach SGB (§) II (§) und für die Sozialhilfe nach SGB (§) XII (§). Aber auch die Berechtigung von Schutzsuchenden aus der Ukraine zum Bezug von Bürgergeld trug dazu bei,

wenngleich im Gegenzug die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2023 mit 3,7 Milliarden Euro um 7,9 % niedriger ausfielen als im Vorjahr.

Die kommunalen Leistungen nach SGB () II () entfielen zum größten Teil auf Unterkunft und Heizung und waren in der Folge auch erheblich vom Anstieg der Energiepreise betroffen. Die Leistungen lagen im Jahr 2023 mit +14,7 % deutlich höher als im Vorjahr und beliefen sich auf 14,8 Milliarden Euro. Im Gegenzug stieg die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung um 19,0 % auf 9,4 Milliarden Euro.

Auch die übrigen wesentlichen kommunalen Sozialleistungsausgaben stiegen 2023 beträchtlich: Die Ausgaben für Eingliederungshilfen nach SGB () IX () erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 % auf 19,9 Milliarden Euro, die Leistungen der Sozialhilfe nach SGB () XII () um 12,5 % auf 18,7 Milliarden Euro und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB () VIII () um 15,2 % auf 15,7 Milliarden Euro.

Neben den Ausgaben für Sozialleistungen wuchsen auch andere bedeutsame Ausgabearten kräftig: In den Kernhaushalten stiegen die Personalausgaben um 7,4 % auf 80,9 Milliarden Euro, was vor allem auf den Tarifabschluss 2023 im öffentlichen Dienst zurückzuführen ist, insbesondere auf die Sonderzahlung zum Inflationsausgleich im Juni 2023. Die laufenden Sachaufwendungen stiegen um 8,2 % und die Sachinvestitionen um 12,3 %, was auch auf die allgemeine Teuerung zurückzuführen ist. Der sprunghafte Anstieg der Zinsausgaben der Kernhaushalte um 37,4 % im Jahr 2023 ist mit der Refinanzierung und Neuaufnahme von Verbindlichkeiten zu höheren Zinssätzen als in den Vorjahren zu erklären.

Steuereinnahmen und Zuweisungen wachsen langsamer als die Sozialleistungen

Die bereinigten Einnahmen der kommunalen Kern- und Extrahaushalte waren im Jahr 2023 mit 358,1 Milliarden Euro zwar um 9,0 % oder 29,7 Milliarden Euro höher als im Vorjahr, sie konnten damit aber den Anstieg auf der Ausgabenseite nicht ausgleichen.

Die Einnahmen aus Steuern (netto) waren mit 130,3 Milliarden Euro im Jahr 2023 um 7,3 % höher als im Jahr 2022. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (netto) stiegen dabei **stärker als erwartet** um 7,3 %. Während die Gewerbesteuererinnahmen (netto) in Rheinland-Pfalz im Vergleich mit den besonders hohen Einnahmen im Vorjahr um 26,9 % zurückgingen, stiegen sie in den übrigen Ländern um durchschnittlich 9,5 %.

Die von den Ländern an die kommunalen Kern- und Extrahaushalte gezahlten Zuweisungen für Investitionen stiegen im Jahr 2023 kräftig um 15,6 % und damit nahezu im gleichen Umfang wie die von den Kommunen verausgabten Sachinvestitionen (+15,7 %). Dagegen blieb der Anstieg der Schlüsselzuweisungen der Länder zur allgemeinen Finanzierung der kommunalen Haushalte (+6,1 %) ebenso wie das Wachstum der von den Ländern gezahlten Zuweisungen für laufende Zwecke und Kostenerstattungen (+6,2 %) hinter dem allgemeinen Anstieg der Ausgaben zurück.

Vergleichbarkeit wegen Änderung der erfassten Einheiten des ÖPNV eingeschränkt

Wegen der Einführung des Deutschlandtickets und der damit verbundenen größeren Abhängigkeit von öffentlichen Zuweisungen wurden etwa 370 kommunale ÖPNV-Unternehmen und -verbände ab dem 2. Quartal 2023 erstmals als Extrahaushalte in die vierteljährliche Kassenstatistik einbezogen. Diese Neuaufnahmen beeinträchtigen den Vorjahresvergleich insbesondere bei den Personalausgaben, den Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und den Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren der zusammengefassten Ergebnisse der Kern- und Extrahaushalte.

VIERTELJÄHRLICHE KASSENERGEBNISSE DER GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBÄNDE FLÄCHENLÄNDER ¹

Einnahme-/Ausgabe	Kern- und Extrahaushalte			darunter: Kernhaushalte		
	Jahr 2022	Jahr 2023	Veränderung	Jahr 2022	Jahr 2023	Veränderung
	Millionen Euro		in %	Millionen Euro		in %
Bereinigte Einnahmen	328 416,0	358 107,8	9,0	306 551,5	327 096,9	6,7
darunter:						
Steuern (netto)	121 464,2	130 299,6	7,3	121 464,2	130 299,6	7,3
darunter:						

1: Alle Bundesländer ohne Stadtstaaten.

2: Einschließlich Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

x = Aussage nicht sinnvoll

Einnahme-/Ausgaben	Kern- und Extrahaushalte			darunter: Kernhaushalte		
	Jahr 2022	Jahr 2023	Veränderung	Jahr 2022	Jahr 2023	Veränderung
	Millionen Euro		in %	Millionen Euro		in %
Gewerbesteuer (netto)	57 703,6	61 921,3	7,3	57 703,6	61 921,3	7,3
Schlüsselzuweisungen	124,1	49 979,9	6,1	47 124,1	49 979,9	6,1
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	36 085,7	43 822,8	21,4	21 711,5	22 723,8	4,7
Zuweisungen für Investitionen vom Land	12 564,0	14 526,9	15,6	12 064,9	13 632,1	13,0
Bereinigte Ausgaben	325 780,3	364 932,6	12,0	304 400,6	333 251,0	9,5
darunter:						
Personalausgaben	85 988,4	96 302,5	12,0	75 341,3	80 897,4	7,4
Laufender Sachaufwand	74 448,9	86 505,8	16,2	62 986,1	68 130,6	8,2
Soziale Leistungen	68 043,8	75 981,1	11,7	67 672,4	75 561,3	11,7
Zinsausgaben	2 230,8	3 192,4	43,1	1 769,9	2 431,6	37,4
Sachinvestitionen	41 373,5	47 884,2	15,7	37 226,4	41 802,2	12,3
darunter:						
Baumaßnahmen	29 986,0	33 985,8	13,3	28 454,6	31 925,0	12,2
Finanzierungssaldo	2 635,7	-6 824,9	x ()	2 150,9	-6 154,1	x ()

1: Alle Bundesländer ohne Stadtstaaten.

2: Einschließlich Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

x = Aussage nicht sinnvoll

Kontakt

für weitere Auskünfte

Öffentlicher Gesamthaushalt – Gemeindefinanzen

Telefon: +49 611 75 4167

Zum Thema

Ausgaben und Einnahmen

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden